

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. H. H. H.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort: Rieser, Nr. 22.

Nr. 27.

Freitag, 1. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsvereinigungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Kuponen für die Nummer des Abbestellers sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Verschwinden an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28. Nummer 1 Mark 25 Pfennig; die 29. Nummer 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und Inhaltlicher Satz 50%, Kuponen, feste Tarife. Bewilligung Rabatt erfolgt, wenn der Betrag verfallt, wenn die Abnahme eingezogen werden muß oder der Auftrag... in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftig: feste Tarife. Empfänger an der Erde. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gostschwaße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Moskaus innerpolitischer Kampf.

Obwohl man schon seit geraumer Zeit von dem Anwachsen der russischen Oppositionsgruppen gegen das herrschende System Stalins Kenntnis genommen hatte, kam doch die Nachricht von dem Ausschluß der Sowjets, Trotski aus dem Gebiet der Räteunion auszuweiten, höchst überraschend. Diese Kunde gibt der Weltöffentlichkeit die Gewißheit, daß der innerpolitische Kampf in Rußland anscheinend in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Fast könnte man sich zu der Ansicht hinreißen, daß die Ausweisung Trotskis ein Schlag der Sowjets in die Luft bedeutet. Der ehemalige Nationalheld war seit geraumer Zeit aus Moskau in ein kleines sibirisches Provinstädtchen verbannt, er stand dort unter ständiger Aufsicht der Sowjetfunktionäre, seine Tätigkeit wurde genau kontrolliert, seine Briefe passierten eine strenge Zensur, jede Möglichkeit, mit Oppositionsgenossen in Verbindung zu treten, schien Trotski genommen zu sein. Und dennoch über die Mauer einer schier unüberwindlichen Absperrung vor der Außenwelt hinweg floß der Geist und der Wille und schließlich auch die unüberwindliche Propagandaarbeit des unentwegten Eiferers gegen das herrschende bolschewistische System über Rußland, führte neue Anhänger einer „sozialistischen“ Idee zusammen, schuf neue Kräfte, die sich immer stärker zusammenballten und schließlich eine stark organisierte Opposition, die einst durch den Terror der Sowjets zerschmettert schien, wieder erheben ließen. Das alles konnte der Geist des Verbannenen schaffen. Wird man nun glauben, daß ein Trotski zurückgeland in die „kapitalistisch bürgerliche Welt“ ein minder gefährlicher Feind Stalins sein wird als der Trotski hinter der Mauer seiner sibirischen Abgeschiedenheit? Der Kanaké gibt es viele, durch die das „Gift“ des Revolutionärs gegen eine Revolution wieder ins Herz Rußlands zurückfließen kann. Geschützt durch die Geheime und die Tugendhaftigkeit der bürgerlichen Welt, die er selbst beschützt, werden jetzt Trotskis Anhänger gegen Stalin und sein ganzer Kampf gegen die herrschende kommunistische Partei Rußlands härter sich entfalten können, denn früher. Er wird Kopf, Geist und Wille der russischen Opposition bleiben, auch dann, wenn er fern der Heimat aus der Stube seines bürgerlichen Quartiers seine Pfeile nach Moskau entsendet.

Dieses Moskau kämpft vielleicht jetzt den Kampf seines Lebens. Vielleicht würde Stalin sein Feldzug gegen die Rechts- und Linksoptionen nicht soviel Kopfzerbrechen verursachen, wenn er es mit diesen Gegnern allein zu tun hätte. Mit den bolschewistischen Methoden der Tscheka wäre es ja den herrschenden Männern Moskaus ein Leichtes, die Front der Gegner aufzutreiben, die Mißvergünstigen zum Gehorsam zu zwingen und die Rebellen in den Kellergewölben der Tscheka verschwinden zu lassen. Aber die Opposition hat einen Verbündeten, der härter ist als sie, wenn er auch anderen Idealen nachgeht. Die Satire in den innerpolitischen Kämpfen Rußlands wird vollkommen, wenn man vernimmt, daß gerade der Stand, dem Trotski einst bitterste Feinde angefangen hatte, heute in vorderster Linie unter den Sturmtruppen gegen Moskau steht: der Kulak. Diesem wirtschaftsfähigen und wirtschaftswilligen Bauern hatte einst der Kampf Trotskis gegolten. Nun wollte er zum Proletarier machen. Und weil damals Stalin sich diesem Ziele Trotskis widersetzte, mußte der Feind der Kulaks in die Verbannung gehen. Als mit dem Ausschluß Trotskis aus den Reihen der kommunistischen Partei Rußlands die Opposition zugrunde gerichtet schien, nahm Stalin den einseitigen Kampfesplan Trotskis auf und eröffnete die Kampagne gegen den Kulak. Eine mörderische Kampagne, die auch eine mörderische Abwehr zeitigte. Der Bauer wehrte sich. Nicht im offenen Kampf. Aber er stellte die Getreidelieferungen an die Großstädte ein, ließ das Ackerland, das man ihm rauben wollte, brach liegen, bestellte auf seinem Feld nur soviel, als er für seinen eigenen Gebrauch benötigte. Der Kulak verfuhr also, Stalin auszubürgern. Die weil diese Ausbürgerung geblieben ist, und welches Elend das Stodden der Lebensmittelversorgung der Städte in den Zentren des bolschewistischen Rußlands verursacht hat, weiß man nicht genau, denn die offiziellen russischen Zeitungen schweigen sich verständigerweise über die Sachlage aus. Immerhin weiß man aber, daß Stalins Gegenstrategie mißlungen ist. Sein Plan war es, auf den entleerten Großhöfen der Bauern sogenannte Getreidefabriken auf sozialistischer Grundlage zu errichten, Mehlmüllereien anzulegen, die rationell betrieben und die Lebensmittelversorgung der Großstädte sicherstellen sollten. Die Pläne blieben Utopien, weil geeignete Baulichkeiten nicht vorhanden waren, die notwendigen Maschinen nicht herbeigeschafft werden konnten und im übrigen das durch die Unbenutzung gänzlich aus der Kultur geratene Ackerland erst nach Jahren wieder fruchtbar gemacht werden kann. Der russische Kulak hat sich also gerächt. Zum Teil hat ihn Stalin zwar vernichtet, aber mit ihm vernichtete er auch Kräfte, ohne die die Städte einfach verhungern müßten.

Das ist die Kollage, die jetzt zum Verbündeten der politischen Oppositionsgruppen Rußlands geworden ist. Die Gegner der herrschenden Parteien von rechts und von links kennen diese Gefahr, die dem Staat und mit ihm der regierenden Partei droht. Und diese Gefahr sehen sie in ihre Berechnung. Man hat gehört, daß Stalin 150 Anhänger Trotskis verhaften ließ, man hat vernommen, daß er sich von seinem bisher treuesten Freunde und Gefolgsgenossen Bucharin getrennt hat, man hat den Inhalt seiner Anklageschrift gegen die Opposition und ihre Drohungen gelesen. Man mußte sich also davon überzeugen, daß der Kampf Moskaus gegen seine Überwinder in heißen Kämpfen lodert. Wie wird dieser Kampf enden? Man warte die nächsten Monate ab!

Finanzminister Weber über den Etat 1929.

Sächsischer Landtag.

St. Dresden, 31. Januar 1929.

In der heutigen Sitzung des Landtages teilte zunächst Vizepräsident Dr. Eckardt mit, daß heute früh der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und ehemalige Polizeipräsident von Dresden Henke im Johannstädter Krankenhaus gestorben sei. Dr. Eckardt widmete dem Toten, der seit dem Zulammentritt der Volkstammer im Jahre 1919 ununterbrochen Mitglied des Landtages als Vertreter des ersten Wahlkreises war, einen ehrenvollen Nachruf. Wir werden, so schloß der Präsident, das Andenken des verstorbenen Kollegen als eines fleißigen und tätigen Mitarbeiters immer in Ehren halten. Das Haus hatte sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plänen erhaben, auf dem vermalten Plage des Abg. Henke lag ein Strauß roter Nelken mit schwarz-roter Schleife.

Dann wurden die in der letzten Sitzung ausgelegten Abstimmungen

vorgenommen. Sie erfolgten entsprechend den Anträgen der Ausschüsse. Die nachgelagte Erteilung der Ermächtigung zur Strafverfolgung des verantwortlichen Schriftleiters der Zeitung „Der Nationale Sozialist für Sachsen“ wurde abgelehnt. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zur Änderung des Landeswahlgesetzes verfielen der Ablehnung, während die entsprechende Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Linken Annahme fand. Abgelehnt wurden weiter der kommunistische Antrag betreffend den Vertreter des Arbeiterrotbundes beim Kulturrat, die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Änderungen in der Beförderungsordnung, der kommunistische Antrag auf Durchführung des Dreischichtensystems und des Achtstundentages in der Metallindustrie der sozialdemokratische Antrag gegen Ausnahme-Bewilligung zur Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und Jugendliche, der kommunistische Antrag betreffend der Kollage des Spartenwerkes in Lauter i. C. (der Landtag beschloß, die Regierung zu ersuchen, mit den Spartenvereinigungen über die Bildung einer Genossenschaft zu verhandeln), sowie die kommunistischen Anträge zur Erwerbslosenfrage. Anstelle der ausbleibenden Frau Dr. Hertwig-Bürger wird der deutsch-volksparteiliche Abg. Voigt als Mitglied des Landeswahlrechts- und Jugendamts gewählt.

Darauf hält

Finanzminister Weber

seine Etat-Rede, in der er u. a. ausführt:

Da die allgemeinen Erläuterungen, die lediglich eine Ergänzung der Etat-Rede darstellen, noch weiter ausgebaut sind und da ich im vorigen Jahre zu den großen staatswirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen eingehend Stellung genommen habe, glaube ich mich in diesem Jahre weitestgehend fassen zu können.

Der Rechenschaftsbericht 1927

schließt mit einem rechnermäßigen Gewinn von 2 415 278,55 RM. ab. Damit ist nicht nur der veranschlagte Reibetrag von rund 21 Millionen RM. ausgeglichen, sondern sogar noch ein Gewinn erzielt worden! Dieses unerwartet günstige Ergebnis ist im wesentlichen auf Umstände zurückzuführen, auf die die Finanzverwaltung keinerlei Einfluß besitzt, so insbesondere auf erhebliche Mehrbeträge bei den Einnahmen des Staatsvermögens und bei den Steuern zum Teil auch auf erhebliche Ersparnisse in der allgemeinen Verwaltung.

Wenn in den letzten beiden Rechnungsjahren das veranschlagte Defizit wesentlich herabgemindert, ja im Rechnungsjahr 1927 noch ein Gewinn erzielt werden konnte, so möchte ich doch ganz ernstlich davor warnen, diese erfreuliche Tatsache auch für das laufende oder gar für das folgende Staatjahr als gegeben anzusehen. Die einzelnen Etatansätze sind unterdessen unter dem Zwang der Verknappung der Mittel viel schärfer beschnitten worden, und vor allen Dingen sind bedenkliche Zeichen für eine wirtschaftliche Depression vorhanden. Günstige Wirtschaftsjahre sollten eher zur Sammlung von Reserven verwendet werden, um in schlechten Wirtschaftsjahren Mittel zur Verringerung der Not in Volk und Wirtschaft bereit zu haben. Außerdem ist gerade der den Ländern zukommende Teil an der wirtschaftlichen Besserung durch die Verringerung der Reichsteuergesetze für die Zukunft erheblich beschnitten worden.

Die Regierung hat bereits im laufenden Staatjahr alle Maßnahmen unternommen, die auf eine Förderung von Industrie und Landwirtschaft hinzielen. Insbesondere hat die Regierung geahndet, die sächsische Industrie für die Übernahme von Aufträgen aus Ausland im Rahmen des Gesamtkredits von 10 Millionen RM. dadurch unterstützen zu müssen, daß sie für die zurückgezahlten Bürgschaftskredite von neuem die Bürgschaft übernahm. Bisher haben sich diese sogenannten Ausfremdkredite abgewickelt, und darum hat die Regierung geahndet, den bewilligten Gesamtkredit bis auf weiteres als revolvierend anzusehen zu können.

In der Lage der Landwirtschaft ist leider immer noch keine Besserung eingetreten. Die sächsische Regierung hat namentlich der bäuerlichen Landwirtschaft auf steuerlichem Gebiete geholfen, soweit es überhaupt in ihrer Kraft lag. Sie wird es auch weiterhin tun, wenn auch die Frage der

Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe in erster Linie eine Reichsfrage ist.

Auch für die mittelständischen Berufe im Handwerk, Handel und Gewerbe ist die Lage nicht besser geworden, und auch für diese Erwerbskreise wurden auf steuerlichem Gebiete nach Prüfung der Verhältnisse Erleichterungen in großem Umfang gewährt. Es sind auch bereits alle Maßnahmen eingeleitet worden, um den gewerblichen Betrieben für die Winter- und Frühjahrszeit die finanziellen Anträge anzuführen, die sich zu einer Ausführung in dieser Jahreszeit eignen.

Weiter hofft die Regierung, daß auch bei den Strompreisen bald eine, beide Teile befriedigende Lösung gefunden wird.

Das Gesamtergebnis einer Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse Sachsens bietet jedenfalls keine Anhaltspunkte zu dem optimistischen Wirtschaftsbericht des Herrn Reparationsagenten Parker Gilbert, im Gegenteil. Es leiden große Schichten des Volkes und der Wirtschaft bittere Not und kämpfen unter den öffentlichen Lasten verzweifelt um die Erhaltung ihrer Existenz.

Der Minister wandte sich hierauf dem vorliegenden

Haushaltplan

zu, der für das Rechnungsjahr 1929 bei einem Gesamtbetrag von rund 255,8 Millionen RM. gegenüber dem Vorjahr mit einem Mehrbetrag von rund 18,4 Millionen RM. abschließt: Die zwangsläufigen Vorbelastungen des neuen Etats sind noch bedeutend höher und die Mehrbelastung konnte nur durch äußerst sparsame Einsparungen im geltenden Etat auf den genannten Betrag herabgemindert werden.

Finanzminister Weber macht dann im weiteren die Ausführungen, wie sie durch die Pressekonferenz über den Etat bereits bekannt gemacht worden sind. Der Steuerertrag war in diesem Jahre regelmäßig, und die Einnahmen entsprechen dem Haushaltsplan. Es kann aber nicht verschwiegen werden, daß die Einziehung namentlich der Mietzinssteuer und auch der Grundsteuer oft recht große Härten in Erzielung treten läßt. Es kann doch dem Herrn Reparationsagenten in keiner Weise beizupflichten werden, daß die bisherige pünktliche Annuitätenzahlung den Beweis erbracht habe, daß die Verpflichtungen des Dawesplanes von der deutschen Wirtschaft auf die Dauer getragen werden könnten.

Obgleich Wünsche der Gemeinden auf Verringerung des Landesfinanzausgleichs zwischen Staat einerseits, Gemeinden und Bezirksverbänden andererseits bestehen und obgleich die jegliche gesetzliche Regelung der Verteilung des Landesanteils an der Kraftfahrzeugsteuer nur für das Rechnungsjahr 1928 gilt, ist die Regierung bei der Aufstellung des Entwurfs des Etats weiterhin davon ausgegangen, daß die jegliche Regelung des Landesfinanzausgleichs eine Änderung für das Rechnungsjahr 1929 nicht erfährt und doch die jegliche Verteilung des Landesanteils der Kraftfahrzeugsteuer auf das Rechnungsjahr 1929 ertrifft wird.

Finanzminister Weber führt weiter aus, daß der nunmehr durch das Haushaltsgesetz bekanntgewordene Plan der Reichsregierung den schärfsten Widerspruch der sächsischen Regierung herausfordert. Während bisher nach Pressemitteilungen die Reichsregierung beabsichtigte, von den in Folge der wirtschaftlichen Besserung erhöhten Steuererträgen sich 100—120 Millionen RM. wegzunehmen, wird nach § 8 des Etatsgesetzes verfügt, daß von dem Aufkommen an Einkommen, Körperschafts- und Umsatzsteuer dem Reiche vorweg 120 Millionen RM. zur Verfügung gestellt werden.

Das bedeutet praktisch für das Reich eine Erhöhung des Beteiligungssatzes an der Ueberwälzungssteuer außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes. Jedes Vertrauen der Landesverwaltungen muß schwinden, wenn sie nicht mehr mit der Einhaltung bestehender Gesetze rechnen können, denn der Finanzminister eines Landes aber ist es bei einem solchen Vorgehen des Reiches namentlich, überhaupt noch die volle Verantwortung für die Finanzlage des Landes zu tragen.

Finanzminister Weber gibt dann weitere Erläuterungen zu den Aufschlagspunkten. Er berichtet u. a. auch über die bergwirtschaftliche Untersuchung der erzgebirgischen Erzlagerrstätten. Nach den vorliegenden Ausarbeitungen ist bei Marienberg eine Wiederannäherung des Zinnerzbergbaues nicht ganz ausgeschlossen. Zu gewissen Hoffnungen berechtigt das Innvorkommen im Eibenacher Gebiet und es kann schon jetzt angenommen werden, daß an verschiedenen Stellen eine gewisse Aussicht auf einen lohnenden Bergbau besteht.

Die Vorarbeiten für den Neubau der Straßenbrücke über die Elbe in Meißen sollen möglichst bald abgeschlossen werden. Für den Gemeindegewerbebau sind wiederum im letzten Jahre erhöhte Mittel eingestellt worden.

Im Luftverkehrswesen hat die Regierung im vergangenen Jahre das ihrige dazu beigetragen, daß die Luftlinie eine weitere Verabreichung des Subventionssatzes für die im Verkehr der kurzen Linien verwendeten Flugzeuge durchzuführen wird, und zwar von 1,70 M. auf 1,45 M. für den Flugkilometer. Damit ist ein wesentlicher Erfolg im sogenannten Luftkrieg erreicht. Leider hat aber die Meinungsdifferenz mit dem Reichsverkehrsministerium über die Benutzung des Rodauer Flugplatzes für eine Zubringerlinie Leipzig-Moskau nach Berlin noch keine Lösung gefunden. Die Aenderung bedauert es außerordentlich, daß das Reichsver-